



Gemeinsam leben Hessen e.V.



Gemeinsame Pressemitteilung 11.07.2014

Frankfurts Schulen auf dem steinigen Weg in die Inklusion

Erläuterungen für Anfänger und Fortgeschrittene

Seit dem Schuljahr 2012/2013 haben gemäß Hessischem Schulgesetz grundsätzlich alle Kinder Anspruch auf den Besuch einer Regelschule. Das klingt gut! Bisher steht diesem Anspruch jedoch ein Ressourcenvorbehalt nach personellen, räumlichen und sächlichen Voraussetzungen entgegen. Denn die Schulen können bisher zwar Kinder mit Förderbedarf aufnehmen, erhalten aber wenig bis keine zusätzliche Personalausstattung und lehnen daraufhin Kinder ab.

Frankfurt wird ab dem Schuljahr 2015/2016, Modellregion für inklusive Schulentwicklung. Die Aufnahme in das Programm soll den Weg ebnen, die notwendige personelle Unterstützung für die Regelschulen zu erhalten. Den aktuellen Prozessen für das Schuljahr 2014/2015 hilft das somit noch nicht. Die Förderausschüsse - das Gremium, das über die Schullaufbahn eines Kindes berät und entscheidet - sehen sich dazu angehalten, ihre Entscheidungen nicht etwa am „Kindeswohl“ auszurichten, sondern an den verfügbaren Förderstunden, deren Menge sich am „Schwerpunkt“ des Unterstützungsbedarfs des Kindes orientiert und sich in 8 verschiedene Förderschwerpunkte gliedert.

Sind die notwendigen Förderstunden verfügbar, kann das betreffende Kind die Regelschule besuchen. Sind die Förderstunden ausgeschöpft, gibt es derzeit 2 Möglichkeiten:

Variante 1: Den Eltern wird geraten, dem Kind mit Förderbedarf z.B. im Bereich „Lernen“ den Schwerpunkt „Geistige Entwicklung“ attestieren zu lassen, dann werden 4,9 Förderstunden direkt vom Hessischen Kultusministerium (HKM) zugeteilt. Stunden, die nicht aus dem Standard-Fördertopf des HKM zur Verteilung durch das Staatliche Schulamt kommen, sondern zusätzlich gewährt werden. Eltern müssen entscheiden, ob sie ihr Kind mit diesem Schwerpunkt versehen, um die ersehnten Stunden zu erhalten. Es gibt SchulleiterInnen von Regel- wie Förderschulen, die deutlich formulieren, dass sie Kinder nur unter diesen etikettierten Bedingungen an ihrer Schule aufnehmen.

Variante 2: Das Kind wird der Förderschule zugewiesen. Jetzt kommen die notwendigen Ressourcen an die Förderschule, um das Kind zu fördern. Denn einen „Ressourcenvorbehalt“ gibt es zwar für Allgemeine Schulen, nicht aber für Förderschulen. Hier zeigt sich die Absurdität dieser Verteilungspraxis.

Unter dem Aspekt „Schuldenbremse“ hätte sich jedem Bürger eine Deckelung der Stunden gerade noch erschlossen. Hingegen ist kaum vermittelbar, dass Ressourcen an Förderschulen möglich sind, die den Regelschulen verwehrt werden. So wird ein separierendes System aufrechterhalten und die gesellschaftliche Teilhabe im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verweigert. Ist das gar Diskriminierung durch das Schulsystem? In Deutschland herrscht Schulpflicht und jedes Kind muss eine Schule finden.



Gemeinsam leben Hessen e.V.



Zudem gilt angeblich das Wahlrecht der Eltern. Doch haben die Eltern derzeit lediglich die „Wahl“ zwischen schlecht ausgestatteter Inklusion mit PädagogInnen, die sich überwiegend auch 5 Jahre nach Inkrafttreten der UN-BRK nicht ausreichend auf Inklusion vorbereitet fühlen, oder dem vermeintlichen „Eldorado Förderschule“, mit Betreuung meist bis 17:00 Uhr und einem Therapieangebot im Rahmen des Tagesablaufs. Da wundert es nicht, dass sich betroffene Eltern überreden lassen, die Förderschule für ihr Kind zu wählen. Unter derzeitigen Bedingungen kann man Inklusion nicht immer und für jedes Kind guten Gewissens anraten.

Doch muss angemerkt werden, dass in Hessen über 75% der FörderschülerInnen die Förderschule ohne Hauptschulabschluss verlassen, hingegen im gemeinsamen Unterricht meist eine bessere Schulentwicklung nehmen würden (Quelle: Bertelsmannstudie). Knapp 50% der Frankfurter Schülerinnen und Schüler haben Migrationshintergrund. Sie landen aufgrund Ihrer Sprachbarrieren überproportional häufiger mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ auf Förderschulen, als Kinder ohne Migrationshintergrund.

In Deutschland macht die Förderung im Bereich „Lernen“ knapp die Hälfte des gesamten Förderbedarfs aus. Ein Förderschwerpunkt, den es im Ausland überhaupt nicht gibt, weil gemeinsame Beschulung aller Kinder längst zur Normalität gehört - und das teilweise schon seit den 70-er Jahren. Aber in Deutschland wird aufgeschrien und immer wieder diskutiert, was angeblich nicht möglich ist, statt sich umzusehen und aufzunehmen, was machbar ist. Die Ressourcen in den Förderschulen fehlen für die Ausstattung der inklusiven Beschulung. Gleichzeitig wird die unnötige „Ausortierung“ von Eltern wie Kindern oft als beschämend empfunden.

Eltern, die Inklusion und Teilhabe für ihre Kinder wünschen, entscheiden sich für einen steinigen Weg und erleben nicht selten Gegenwind seitens der Schulen. 3 Wochen vor Ferienbeginn gibt es immer noch Kinder, die nicht wissen, an welcher Schule sie eingeschult werden. Sie nehmen teilweise bei mehreren Schulen an Kennenlertagen teil und fragen sich, warum sie niemand haben möchte. Die Zeit vor den Ferien wird knapp. Den Eltern bleibt nach Ablehnung durch die Regelschule kaum Spielraum eine andere Schule zu finden. Dass die Förderausschüsse zu spät liegen, war bereits im vergangenen Jahr erkannt worden - verändert wurde nichts. Im nächsten Jahr sollen sie früher liegen - das bleibt zu hoffen, es sei denn, der Zeitpunkt ist Kalkül.

Und zugleich ist der Weg in die Inklusion ein Weg, der für die Entwicklung aller Kinder der bessere ist. Kinder lernen von anderen Kindern. Die Vielfalt einer Gesellschaft erleben Menschen nicht in separierenden Räumen und Kinder nicht in einem selektierenden Schulsystem.

Und auch wenn Eltern von Regelschülern Sorge haben, ihr Kind bliebe auf der Strecke, wenn ein Förderkind in der Klasse ist: sie werden überrascht sein, dass nationale und internationale Studien das Gegenteil beweisen. In Hannover werden im Kurt-Schwitters-Gymnasium gar 4 Kinder mit Down Syndrom in der 7. Klasse beschult. Die Klasse ist den Parallelklassen in den Leistungen voraus. Über dieses Ergebnis war das Gymnasium selbst überrascht. Von alternativen



Gemeinsam leben Hessen e.V.



Herangehensweisen bei der Wissensvermittlung profitieren durchaus nicht nur Kinder mit Förderbedarf. Wenn sich das irgendwann in der Gesellschaft herumgesprochen hat, dann ist die Inklusion in der Fläche ein ganzes Stück weiter.

Inklusion gehört ins Schulkonzept

Inklusion ist kein „neumodisches Projekt“. Sie kommt jetzt nicht zu den vielen Aufgaben, die Schulen und Lehrer derzeit bewältigen müssen, plötzlich noch hinzu. Inklusion lässt sich auch nicht „aussitzen“. In manchen Schulen erleben wir die Sorge, dass die eigene Schule nun von Schülern mit Beeinträchtigungen überrannt werden könnte und der einzelne Lehrer, neben so vielem anderem, sich „jetzt auch noch um die Behinderten“ kümmern muss.

Schulen, die sich schon auf den Weg gemacht haben, zeichnen ein anderes Bild. Am Anfang steht die Beschäftigung mit der Grundidee, aber auch die Aufarbeitung von Berührungängsten. Inklusion geht nun alle an, jeder Einzelne muss sich damit befassen, eine Schule muss also umdenken. Der erste Schritt ist auch immer der schwerste.

Schule soll demokratisches Grundverständnis und ein tolerantes Miteinander vermitteln. Zur Umsetzung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags schreiben die Schulen regelmäßig ihr Schulprogramm fort, sie erstellen pädagogische Konzepte für das Miteinander innerhalb der Schulgemeinde und für die Gestaltung des Unterrichts.

Schulen haben dabei die Freiheit, dies eigenständig und individuell zu tun. Doch unabhängig davon, wie sie das tun, sind sie verpflichtet Inklusion umzusetzen. Was wäre also geeigneter, als Inklusion gleich zu Beginn der Erstellung eines Konzepts bzw. im Zuge der Fortschreibung des Schulprogramms direkt miteinzubeziehen und lebendig zu gestalten?

Die Stadt Frankfurt erarbeitet derzeit den neuen Schulentwicklungsplan. Auch hierbei gehen die beteiligten Akteure neue Wege: Allgemeine Schulen, Förderschulen und Inklusion sind gleichzeitig ein Thema und miteinander verknüpft. Wir begrüßen diesen Schritt hin zu mehr Inklusion und fordern gleichzeitig alle Schulen in Frankfurt auf, diese Gelegenheit entsprechend zu nutzen und selbständig Wege und Umsetzungsmöglichkeiten für ihre Schulen zu erarbeiten, um Inklusion in ihr Schulprogramm mit aufzunehmen. Schulen auf dem Weg zur Inklusion haben es bereits gezeigt: Die gesamte Schülerschaft wird davon profitieren.